



DIE EUROPÄISCHE UNION IN DER WELT

„Wir sind uns unserer gegenseitigen Abhängigkeit bewusst und wissen, dass unser Wohlergehen nur durch das Wohlergehen des gesamten Weltsystems gesichert sein kann.“
(*Quäker-Vision von Europa*)

Die Rolle der Europäischen Union in der Welt ist eines der Hauptthemen, das von dem Konvent zur Zukunft Europas zu behandeln ist. Ursprünglich hatte die EU als Aufgabe, die Zusammenarbeit zwischen ehemals befeindeten Staaten zu fördern, um künftige Kriege zu verhindern. Heute stellt sie eine einzigartige multilaterale Organisation dar, in der an einer gemeinsamen europäischen Politik in europäischen Angelegenheiten arbeitet. Während die EU zurzeit eine der wichtigsten wirtschaftlichen Mächte der Welt ist, entspricht dies jedoch nicht ihrem *politischen* Gewicht auf internationaler Ebene. Bevor ein Blick in die Zukunft möglich ist und EU-Optionen abgewägt werden können, ist eine Ortsbestimmung erforderlich, um zu sehen, wo die EU sich heute außenpolitisch befindet.

EU-Außenpolitik heute

Mit der Ratifikation des Vertrags von Maastricht (1993) wurde die europäische „Außenpolitik“ wie folgt strukturiert:

a) Außenhandel und Entwicklungshilfe

Diese Politikbereiche fallen unter den „ersten Pfeiler“ der EU (s. *Informationspapier 2: Gemeinschaftsorgane*). Hierbei handelt es sich um die EU-Ebene, auf der die „Gemeinschaftsmethode“ Anwendung findet. Exekutivrechte sowie wichtige Kompetenzen in der Beschlussfassung liegen bei den europäischen Organen und nicht bei den nationalen Regierungen.

Welthandelspolitik und Entwicklungspolitik werden von der Europäischen Kommission initiiert und ausgeführt. Die EU ist einer der größten Entwicklungshelfer sowie einer der größten Handelsblöcke. Es gibt sowohl

Kommissare für Außenhandel und Entwicklung als auch einen Kommissar, der allein für Außenbeziehungen zuständig ist (derzeit Chris Patten).

Außenhandel und Entwicklungshilfe können als Werkzeuge der Außenpolitik dienen. Politische Ansätze kennzeichnen zum Beispiel den *Barcelona-Prozess* (1995), eine Partnerschaft mit den Mittelmeerländern, sowie das *Cotonou-Abkommen*, ein EU-Vertrag über wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raumes. In beiden Fällen werden finanzielle Unterstützung und Handelsvereinbarungen von einer Verbesserung der Menschenrechtssituation, guter Staatsführung und Konfliktprävention abhängig gemacht.

b) Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Der Vertrag von Maastricht führte 1993 die *Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik* (GASP) als zweiten Pfeiler der Europäischen Union ein. Ihre Ziele sind:

- die gemeinsamen Werte und Interessen der Union sowie deren Integrität zu wahren;
- Friede und Sicherheit sowohl innerhalb der Union als auch weltweit zu stärken;
- internationale Zusammenarbeit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte zu fördern.

Im Gegensatz zu Welthandel und Entwicklung untersteht die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nicht der Kommission und dem Europäischen Parlament, sondern den Vertretern der nationalen Regierungen im Rat. Während die Entscheidungen nach wie vor rigoros zwischenstaatlich erfolgen, wurden Versuche unternommen, der EU durch die Einführung der Stellung des Hohen Vertreters für die GASP eine einheitlichere Stimme zu geben.

1999 wurde die Einrichtung einer *Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik* im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und

Sicherheitspolitik vereinbart. Was zur Annahme der *Schnellreaktionstruppe* führte, mit dem Ziel der Einrichtung von Streitkräften zur Krisenintervention. Andererseits hat die EU ebenso versucht, ihre Rolle in der Konfliktprävention zu stärken: Das *Europäische Programm zur Konfliktprävention* verfolgt das Ziel, die Zivilgesellschaft in gefährdeten Ländern zu stärken und demokratische Einrichtungen mehr als bislang zu unterstützen.

Probleme mit dem Status quo

Durch die gegenwärtige Situation ist die außenpolitische Rolle der EU in zwei geteilt, wobei einige Elemente der „Gemeinschaftsebene“ zugeordnet werden, die Mitgliedstaaten sich jedoch in anderen Bereichen für zuständig halten, vor allem in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung. Dies hat zu Kritik geführt, vor allem an der Ineffizienz der GASP. Oft fiel es den europäischen Regierungen nicht leicht, einen gemeinsamen Standpunkt in Krisensituationen einzunehmen, was zu Untätigkeit führte, da Entscheidungen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik einstimmig getroffen werden müssen.

Die GASP könnte wirksamer werden, wenn das Europäische Parlament und die Kommission eine größere Rolle bei ihrer Gestaltung spielten und auf diese Weise die Mitgliedstaaten von einer Zurückstellung nationaler Eigeninteressen überzeugten. Ein Schritt in diese Richtung der „Vergemeinschaftung“ der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wäre die Zusammenlegung der Funktionen des Hohen Vertreters für die GASP und des Kommissars für Außenbeziehungen.

Die Teilung von Welthandel/Entwicklung auf der einen und militärischen Aspekten auf der anderen Seite wirft auch Fragen bezüglich der Umsetzung europäischer Werte auf:

- Da die Mitgliedstaaten aller Wahrscheinlichkeit nach auf lange Sicht die Kontrolle über ihre Streitkräfte behalten werden, könnte sich ein gemeinsamer europäischer Ansatz verstärkt auf zivile Krisenbewältigung konzentrieren. Andererseits besteht die Gefahr, dass durch die Ausdehnung der militärischen Komponente europäischer Außenpolitik die nichtmilitärischen Aspekte der

Außenbeziehungen (Entwicklung, langfristige Konfliktprävention) vernachlässigt werden.

- Eine Beschlussfassung über die Gemeinschaftsmethode ist transparenter als eine intergouvernementale Beschlussfassung. Hätten die Bürger daher eine größere Chance, die Entscheidungsträger zur Rechenschaft zu ziehen, wenn die GASP unter die Gemeinschaftsmethode fiel?
- Zurzeit besteht eine Inkohärenz zwischen den einzelnen Bereichen der Außenpolitik. Außenhandel und Sicherheitsfragen können negative Auswirkungen auf die Entwicklungspolitik haben. Die einzelnen Politikbereiche bedürfen einer größeren Koordination. Ist eine solche Koordination behindert durch die gegenwärtige Teilung der Beschlussfassungsmethoden?

Blick in die Zukunft

Themen von vorrangiger Bedeutung für die Quäker betreffen die Frage der bestmöglichen Umsetzung interner Werte durch die EU auf internationaler Ebene.

Die Prävention von Konflikten zwischen den Mitgliedstaaten war eines der Gründungsziele der EU. Wie kann diese interne Zielsetzung umgesetzt werden in eine Politik der Konfliktprävention auf außenpolitischer Ebene?

Die EU hat als Ziel, Wohlstand innerhalb ihrer Grenzen zu fördern. Wie ist dies vereinbar mit dem Ziel der Förderung einer globalen nachhaltigen Entwicklung?

Kann die EU - eine einmalige Institution ihrer Art auf der Welt - ein Beispiel geben für die Handhabung von Globalisierung durch multilaterale Vereinbarung und Zusammenarbeit?

„Uneinigkeit bringt keine Harmonie, Hass keine Versöhnlichkeit. Harmonie und Versöhnlichkeit garantieren jedoch menschliche Sicherheit. Rüstung sucht Sicherheit in der Isolierung; eine solche Sicherheit wäre jedoch ausgesprochen fragwürdig und ist - wie die Tatsachen belegen - illusorisch.“

*Allgemeine Konferenz der Freunde, 1920, Britische Jahresversammlung
(Quaker Faith and Practice, 24.40)*